



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

## Provisorisches Beschluss-Protokoll

der 4. Sitzung, Amtsjahr 2005-2006

Mittwoch, den 11. Mai 2005, um 09:00 Uhr und 15.00 Uhr

**Vorsitz:** *Bruno Mazzotti, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin*

### Abwesende:

11. Mai, 09:00 Uhr *Stephanie Ehret (Bündnis), Felix Eymann (DSP), Irène Fischer (SP), Christine Heuss (FDP), Jürg Stöcklin (Bündnis), Donald Stückelberger (LDP), Christoph Zuber (DSP).*

11. Mai, 15:00 Uhr *Stephanie Ehret (Bündnis), Felix Eymann (DSP), Christine Heuss (FDP), Donald Stückelberger (LDP), Christoph Zuber (DSP).*

### Verhandlungsgegenstände:

1.	Begrüssung und Genehmigung der Tagesordnung.	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.	3
3.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch.	3
4.	Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.	3
5.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 9369 betreffend "Areal Markthalle".	3
6.	Ausgabenbericht betreffend Bau eines unterirdischen Kanals zur Ableitung der Hochwasser des Aubachs in die Wiese.	5
7.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates und der Umweltschutz- und Energiekommission des Landrates zum Luftreinhalteplan der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft 2004.	5
10.	Neue Interpellationen	6
8.	Ratschlag betreffend vorübergehende Übertragung der Funktionen eines Strafgerichtspräsidenten gemäss §9 Abs. 4 des Gerichtsorganisationsgesetzes.	8
9.	Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative "Ja zum Trolleybus (Trolleybusinitiative)".	8
11.	Motion Baschi Dürr und Konsorten betreffend Staatliche Gesundheitsanbieter auslagern und subjektbezogen finanzieren	8
12.	Anzüge 1 - 6.	8
13.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P211 betreffend mehr Sicherheit für Kinder auf der Strasse.	10
14.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P215 für den Weiterbestand des Jugendtreffs Eglisee im Hirzbrunnen-Quartier.	10

15.	Beantwortung der Interpellation Nr. 19 Maria Berger-Coenen zur Kursgeld-Übernahme im Maturiträtskurs für Berufstätige MfB für die Teilnehmenden aus dem Kanton Basel-Landschaft.	10
16.	Schreiben des Regierungsrates zur Motion Maria Iselin und Konsorten betreffend Änderung des Wahlverfahrens für Rektoratspersonen.	11
17.	Beantwortung der Interpellation Nr. 24 Roland Stark betreffend Sicherheitsmassnahmen im Untersuchungsgefängnis Waaghof.	11
18.	Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Bernhard Madörin betreffend Sicherheit im Waaghof-Untersuchungsgefängnis.	11
19.	Beantwortung der Interpellation Nr. 29 Hans-Peter Wessels betreffend Auswirkungen eines Beitritts zum Polizei- und Asylabkommen Schengen/Dublin der EU.	11
20.	Beantwortung der Interpellation Nr. 25 Toni Casagrande betreffend rätselhafter Vorfall im Rheinhafen: "Reisecar gestürmt".	12
21.	Beantwortung der Interpellation Nr. 27 Kurt Bachmann betreffend Invalidität in Folge Psychosen und Psychoneurosen und den damit zusammenhängenden Missbrauchstendenzen sowie den Kosten.	12
22.	Beantwortung der Interpellation Nr. 30 Joël Thüring betreffend der Einbürgerungszahlen der letzten drei Legislaturperioden.	12

## 1. Begrüssung und Genehmigung der Tagesordnung.

[09:01:11]

*Bruno Mazzotti, Grossratspräsident:* Ich habe Telebasel erlaubt, heute im Ratssaal Aufnahmen zu machen

### Terminierungen

Ich beantrage Ihnen eine Terminierung. Traktandum 10 (neue Interpellationen) wird auf Mittwoch, 11. Mai, 15.00 Uhr, angesetzt.

### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig die Tagesordnung mit der beantragten Terminierung zu **genehmigen**.

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[09:05:43]

### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Zuweisungen gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) zu **genehmigen**.

## 3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch.

[09:06:13,BegKo]

Die Begnadigungskommission hat das Gesuch Nr. 1648 von H. Z. und das Gesuch Nr. 1650 von B. C. in eigener Kompetenz abgewiesen.

Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch Nr. 1649 von U. V. abzuweisen.

Voten *Doris Gysin, Präsidentin Begnadigungskommission*

### Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

vom Beschluss der Begnadigungskommission, das Gesuch Nr. 1648 von H. Z. und das Gesuch Nr. 1650 von B. C. abzuweisen.

### Der Grosse Rat beschliesst

mit 103 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen und damit das Gesuch Nr. 1649 von U. V. **abzuweisen**.

## 4. Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.

[09:13:39,JD,05.0489.01]

Der Regierungsrat beantragt mit Schreiben 05.0489.01 die Bestätigung von 20 Bürgeraufnahmen.

### Der Grosse Rat beschliesst

mit 95 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung die Bestätigung der beantragten Bürgeraufnahmen.

## 5. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 9369 betreffend "Areal Markthalle".

[09:14:55,BRK,BD,00.1285.02]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, auf den Ratschlag einzutreten und dem Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Die Bau und Raumplanungskommission beantragt dem Grossen Rat, auf den Bericht einzutreten, das Markthallengesetz (SG 562.360) aufzuheben, das Gesetz betreffend Gantwesen (SG 230.900) zu ändern und im übrigen das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen.

*Voten: Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Angelika Zanolari (SVP); Fernand Gerspach (CVP); Anita Lachenmeier (Grünes Bündnis); Matthias Schmutz (VEW); Peter Zinkernagel (LDP); Beat Jans (SP); Peter Malama (FDP); Hansjörg M. Wirz (DSP).*

*Es folgen die Einzelsprecher.*

*Voten: Roland Stark (SP); Marcel Rünzi (CVP); Markus G. Ritter (FDP) [zeigt anhand von Folien die Auswirkungen des geplanten Hochhauses auf das Stadtbild]*

*Hermann Amstad (SP); Lukas Engelberger (CVP); Theo Seckinger (LDP); Brigitta Gerber (Grünes Bündnis).*

*Es folgen die Schlussvoten.*

*Voten: RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission.*

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung (siehe auch Beilage C):

1. Das Gesetz betreffend Verleihung des Rechtes zur Errichtung einer Grossmarkthalle und die Unterstützung der Markthalle-Unternehmung vom 10. Mai 1928 wird aufgehoben.

2. § 1 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes betreffend das Gantwesen vom 8. Oktober 1936 wird aufgehoben.

Dieser Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem fakultativen Referendum und wird mit Eintritt seiner Rechtskraft wirksam.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Mit 71 gegen 47 Stimmen

die übrigen Teile des Geschäftes 00.1285 betreffend "Areal Markthalle" entgegen dem Antrag der Kommission nicht an den Regierungsrat zurückzuweisen.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen

- den Erlass eines Bebauungsplans für das Areal Markthalle, Steinentorberg, Viaduktstrasse, Innere Margarethenstrasse gemäss Beilage C;
- die Einsprache von Herrn Dr. med. Bernhard Saner-Zumstein vom 12. März 2004 gegen den Erlass eines Bebauungsplans für das Areal Markthalle abzuweisen

## 6. Ausgabenbericht betreffend Bau eines unterirdischen Kanals zur Ableitung der Hochwasser des Aubachs in die Wiese.

[11:21:40,UVEK,BD,05.0170.01]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragen dem Grossen Rat, auf den Ratschlag einzutreten und den IWB einen Kredit von CHF 1'340'000 zu bewilligen.

*Voten: Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Michael Raith (VEW)*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Vorlage **einzutreten**.

### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Bau eines unterirdischen Kanals zur Ableitung der Hochwasser des Aubachs in die Wiese wird den IWB zulasten des Produkts Trinkwasser ein Kredit von CHF 1'340'000 **bewilligt**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 7. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates und der Umweltschutz- und Energiekommission des Landrates zum Luftreinhalteplan der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft 2004.

[11:26:01,UVEK,BD,04.1176.02]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt dem Grossen Rat, auf den Kommissionsbericht einzutreten und ihn zur Kenntnis zu nehmen.

*Voten: Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Brigitte Strondl (SP); Eveline Rommerskirchen (Grünes Bündnis); Stephan Ebner (CVP).*

*Conradin Cramer (LDP)* stellt den **Antrag**, im Beschluss die Formulierung "im Sinne der Erwägungen der UVEK" wegzulassen.

*Voten: Eduard Rutschmann (SVP):*

### Mitteilung

*Bruno Mazzotti, Grossratspräsident:* Es sind drei Kleine Anfragen eingegangen:

- Kleine Anfrage Michel Lussana betreffend Schaffung einer Sozialinspektion (05.8240.01)
- Kleine Anfrage Bernhard Madörin betreffend Abgeltung der Zentrumsleistungen des Kantons Basel-Landschaft an den Kanton Basel-Stadt betreffend die Universität (05.8252.01)
- Kleine Anfrage Dominique König-Lüdin betreffend Einführung des Gegenverkehrs für Velofahrer im Fussgängertunnel Gellertstrasse (05.8254.01)

Die Kleinen Anfragen werden **dem Regierungsrat** zur Beantwortung **überwiesen**.

Unterbruch der Sitzung: 12:00 Uhr

---

Wiederbeginn der Sitzung: 15:00 Uhr

Fortsetzung Traktandum 7 (Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates und der Umweltschutz- und Energiekommission des Landrates zum Luftreinhalteplan der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft 2004).

Voten: Michael Raith (VEW); Stephan Maurer (DSP); Christian Egeler (FDP).

Es folgen die Einzelsprecher. Michael Wüthrich (Grünes Bündnis); Thomas Baerlocher (SP); Patrick Hafner (SVP).

Es folgen die Schlussvoten.

Voten: RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Kommissionsbericht **einzutreten**.

#### Abstimmung

Der Antrag der LDP, die Formulierung "im Sinne der Erwägungen der UVEK" wegzulassen, wird mit grossem Mehr gegen 30 Stimmen abgelehnt.

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen Null Stimmen bei 15 Enthaltungen im Sinne der Erwägungen der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission vom Luftreinhalteplan der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft 2004 vom 8. Juli 2004 sowie vom entsprechenden Kommissionsbericht Nr. 04.1176.02 **Kenntnis zu nehmen**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 10. Neue Interpellationen

### Interpellation Nr. 33 Baschi Dürr betreffend Basler Regierungsrat am Fernsehen

[15:32:15,05.8241.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten Regierungspräsident Ralph Lewin; Baschi Dürr (LDP)

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 05.8241 ist **erledigt**.

### Interpellation Nr. 34 Doris Gysin betreffend Mitfinanzierungen der Beitragsergänzungen in Tagesheimen ohne Leistungsvereinbarung gestoppt!

[15:40:08,ED,05.8244.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten Doris Gysin (SP)

### Interpellation Nr. 35 Michael Wüthrich betreffend Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer

[15:42:38,SiD,05.8245.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 36 Stephan Gassmann betreffend geplanter Kürzungen bei den Subventionen privater Leistungserbringer im Bereich der offenen Kinderarbeit**

[15:42:46,JD,05.8246.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 37 Hans-Peter Wessels betreffend geplanter Einführung des Anflugverfahrens ILS 34 auf dem Flughafen Basel-Mulhouse**

[15:43:01,WSD,05.8247.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 38 Tommy E. Frey betreffend Verfügbarkeit und Detailgrad kantonaler Statistiken**

[15:43:11,JD,05.8248.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten *Tommy E. Frey (SVP)*

**Interpellation Nr. 39 Angelika Zanolari betreffend "Asylindustrie" im Kanton Basel-Stadt**

[15:45:08,WSD,05.8249.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten *Angelika Zanolari (SVP)*

**Interpellation Nr. 40 Bernhard Madörin betreffend Abgeltung der Zentrumsleistung des Kantons Basel-Landschaft an den Kanton Basel-Stadt betreffend der Universität**

[15:49:44,ED,05.8250.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 41 Andreas Ungricht betreffend Beflaggung öffentlicher Gebäude mit der Europafahne**

[15:49:52,05.8251.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten *Andreas Ungricht (SVP); Regierungspräsident Ralph Lewin; Andreas Ungricht (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 05.8241 ist **erledigt**.

## 8. Ratschlag betreffend vorübergehende Übertragung der Funktionen eines Strafgerichtspräsidenten gemäss §9 Abs. 4 des Gerichtsorganisationsgesetzes.

[15:55:03,JSSK,JD,05.0309.01]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragen, auf den Ratschlag einzutreten.

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, Herrn René Ernst die Funktionen eines Gerichtspräsidenten des Strafgerichts vom 1. Juni bis zum 30. November 2005 zu übertragen.

Voten *Margrith von Felten, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig Herrn Dr. René Ernst, Strafbefehlsrichter, per 1. Juni 2005 bis zu dessen Amtsantritt als ordentlicher Strafgerichtspräsident am 1. Dezember 2005 die Funktionen eines Gerichtspräsidenten des Strafgerichts zu übertragen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 9. Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative "Ja zum Trolleybus (Trolleybusinitiative)".

[16:02:36,JD,04.1871.01]

Der Regierungsrat beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Initiative für rechtlich zulässig zu erklären.

Voten *RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD); Jörg Vitelli (SP)*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die mit 7157 Unterschriften zustande gekommene Initiative "Ja zum Trolleybus (Trolleybusinitiative)" für rechtlich zulässig zu erklären.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 11. Motion Baschi Dürr und Konsorten betreffend Staatliche Gesundheitsanbieter auslagern und subjektbezogen finanzieren

[16:05:01,SD,05.8211.01]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegen zu nehmen.

Voten *Annemarie Pfister (Grünes Bündnis); Philippe Pierre Macherel (SP); Rolf Stürm (FDP); Richard Widmer (VEW); Michael Martig (SP); Bernhard Madörin (SVP); Lukas Engelberger (CVP)*

### Der Grosse Rat beschliesst

mit 71 gegen 8 Stimmen, die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 05.8211 ist **erledigt**.



## 12. Anzüge 1 - 6.

### **Anzug 1 Beat Jans betreffend endgültiger Aufklärung über die Gefährdung des Trinkwassers durch die Chemiemülldeponien in Muttenz**

[16:27:15,BD,05.8201.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 05.8201 entgegen zu nehmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat **zu überweisen**.

### **Anzug 2 Joël A. Thüring und Konsorten betreffend der Sitzordnung im Grossen Rat**

[16:27:28,Büro,05.8203.01]

Das Büro lehnt die Entgegennahme des Anzugs 05.8203 ab.

Voten *Karin Haerberli Leugger (Grünes Bündnis); Joël A. Thüring (SVP)*

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen, den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 05.8203 ist **erledigt**.

### **Anzug 3 Lukas Engelberger und Konsorten betreffend mehr Öffnung für mehr Wachstum**

[16:32:16,WSD,05.8209.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 05.8209 entgegen zu nehmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug an den Regierungsrat **zu überweisen**.

### **Anzug 4 Peter Eichenberger und Konsorten betreffend Schaffung einer freien Wirtschaftszone in den Basler Rheinhäfen zur Förderung von Jungfirmen**

[16:32:29,WSD,05.8210.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 05.8210 entgegen zu nehmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug an den Regierungsrat **zu überweisen**.

### **Anzug 5 Sibylle Schürch und Konsorten betreffend Vereinheitlichung im Sozialversicherungswesen**

[16:32:44,WSD,05.8212.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 05.8212 entgegen zu nehmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug an den Regierungsrat **zu überweisen**.

**Anzug 6 Roland Engeler und Konsorten betreffend Tarifverbund TriRegio**

[16:32:59,WSD,05.8214.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 05.8214 entgegen zu nehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug an den Regierungsrat **zu überweisen**.

**13. Bericht der Petitionskommission zur Petition P211 betreffend mehr Sicherheit für Kinder auf der Strasse.**

[16:33:12,PetKo,04.8029.02]

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat, auf den Kommissionsbericht einzutreten und die vorliegende Petition dem Regierungsrat zu überweisen.

Voten *Anita Lachenmeier, Präsidentin Petitionskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Kommissionsbericht einzutreten.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 7 Stimmen, die Petition an den Regierungsrat **zu überweisen**.

Die Petition P 211 (04.8029) ist **erledigt**.

**14. Bericht der Petitionskommission zur Petition P215 für den Weiterbestand des Jugendtreffs Eglisee im Hirzbrunnen-Quartier.**

[16:38:08,PetKo,04.8111.02]

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat, auf den Kommissionsbericht einzutreten und die vorliegende Petition dem Regierungsrat zu überweisen.

Voten *Anita Lachenmeier, Präsidentin Petitionskommission; Sebastian Frehner (SVP); Anita Lachenmeier, Präsidentin Petitionskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Kommissionsbericht einzutreten.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 73 gegen 12 Stimmen, die Petition im Sinne der Erwägungen an den Regierungsrat **zu überweisen**.

Die Petition P 215 (04.8111) ist **erledigt**.

**15. Beantwortung der Interpellation Nr. 19 Maria Berger-Coenen zur Kursgeld-Übernahme im Maturiträtskurs für Berufstätige MfB für die Teilnehmenden aus dem Kanton Basel-Landschaft.**

[16:44:39,ED,05.8215.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten *Maria Berger (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 05.8215 ist **erledigt**.

**16. Schreiben des Regierungsrates zur Motion Maria Iselin und Konsorten betreffend Änderung des Wahlverfahrens für Rektoratspersonen.**

[16:47:03,ED,04.8058.02]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, den ersten Teil der Motion mit der Darstellung und Bewertung der Ausgangslage und der Formulierung des Reformanliegens zu überweisen und im übrigen als erledigt zu betrachten.

Voten *Christine Wirz-von Planta (LDP); Heidi Mück (Grünes Bündnis); Oswald Inglin (CVP); Urs Joerg (VEW); Hans-Peter Wessels (SP); Rolf Häring (Grünes Bündnis); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 73 gegen 20 Stimmen, entsprechend dem Antrag des Regierungsrates den **ersten Teil der Motion** mit der Darstellung und Bewertung der Ausgangslage und der Formulierung des Reformanliegens an den Regierungsrat **zu überweisen** und den **zweiten Teil als erledigt** zu erklären.

**17. Beantwortung der Interpellation Nr. 24 Roland Stark betreffend Sicherheitsmassnahmen im Untersuchungsgefängnis Waaghof.**

[17:13:15,SiD,05.8224.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten *Roland Stark (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 05.8224 ist **erledigt**.

**18. Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Bernhard Madörin betreffend Sicherheit im Waaghof-Untersuchungsgefängnis.**

[17:19:14,SiD,05.8235.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant erklärt sich (stellvertretend durch Roland Stark) von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 05.8235 ist **erledigt**.

**19. Beantwortung der Interpellation Nr. 29 Hans-Peter Wessels betreffend Auswirkungen eines Beitritts zum Polizei- und Asylabkommen Schengen/Dublin der EU.**

[17:19:15,SiD,05.8229.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten *Hans-Peter Wessels (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 05.8229 ist **erledigt**.

**20. Beantwortung der Interpellation Nr. 25 Toni Casagrande betreffend rätselhafter Vorfall im Rheinhafen: "Reisecar gestürmt".**

[17:20:35,WSD,05.8225.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten *Toni Casagrande (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 05.8225 ist **erledigt**.

**21. Beantwortung der Interpellation Nr. 27 Kurt Bachmann betreffend Invalidität in Folge Psychosen und Psychoneurosen und den damit zusammenhängenden Missbrauchstendenzen sowie den Kosten.**

[17:22:32,WSD,05.8227.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten *Kurt Bachmann (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 05.8227 ist **erledigt**.

**22. Beantwortung der Interpellation Nr. 30 Joël Thüring betreffend der Einbürgerungszahlen der letzten drei Legislaturperioden.**

[17:28:14,JD,05.8230.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten *Joël A. Thüring (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 05.8230 ist **erledigt**.

Schluss der Sitzung: 17:32 Uhr

Basel, 11. Mai 2005

Bruno Mazzotti  
Grossratspräsident

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär

**Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)****Direkt auf die Tagesordnung kommen**

	<b>Komm.</b>	<b>Dep.</b>	<b>Dokument</b>
1. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 9369 betreffend "Areal Markthalle".	<b>BRK</b>	BD	00.1285.02
2. Bericht der Petitionskommission zur Petition P215 betreffend Weiterbestand des Jugendtreffs Eglisee im Hirzbrunnen-Quartier.	<b>PetKo</b>		04.8111.02
3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch.	<b>BegKo</b>		
4. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates und der Umweltschutz- und Energiekommission des Landrates zum Luftreinhalteplan der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft 2004.	<b>UVEK</b>	BD	04.1176.02
5. Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative "Ja zum Trolleybus (Trolleybusinitiative)".		JD	04.1871.01

**Überweisung an Sachkommissionen**

6. Schreiben des Regierungsrates über die Einsprache Gerold Wunderle gegen die Änderung des Bebauungsplans für das Gebiet Messeplatz / Rosentalstrasse / Mattenstrasse.	<b>BRK</b>	BD	05.0462.01
7. Ratschlag betreffend Finanzierung der Zonenplanrevision Stadt Basel.	<b>BRK</b>	BD	05.0477.01
8. Ratschlag betreffend Dreirosenbrücke, Vorlandbauwerk Kleinbasel. Unterer Rheinweg 170, 4057 Basel. Einbau von Nutzräumen.	<b>BRK</b>	BD	05.0450.01
9. Ratschlag betreffend Neugestaltung des Matthäuskirchplatzes (Fonds „Mehrwertabgabe“).	<b>UVEK</b>	BD	05.0412.01
10. Ratschlag betreffend Waaghof Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt (UG BS), Kantonspolizei/Abteilung Grenzpolizei und Fahndung (KAPO AGF), Staatsanwaltschaft (STAWA). Sicherheitseinrichtungen, Erneuerung und Verbesserung.	<b>JSSK</b>	BD	05.0601.01
11. Ratschlag zu einer Interkantonalen Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der Hochspezialisierten Medizin (IVKKM).	<b>GSK</b>	SD	05.0528.01

**Überweisung an Kommissionen mit besonderen Aufgaben**

12. Petition P218 betreffend Quartierbuslinie 41.	<b>PetKo</b>		05.8243.01
---	--------------	--	------------

**An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung**

13. Anzüge:			
a) Annemarie von Bidder und Konsorten "Mit vergessenen Freizügigkeitsgut haben Sozialausgaben einsparen"			05.8236.01
b) Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend Verbot sexistischer Werbung im öffentlichen Raum			05.8237.01
c) Christine Keller und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen zum freien Personenverkehr			05.8238.01
d) Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Verzicht auf die Erhöhung der Staumauer der Grimsel-Kraftwerke (Projekt KWOpus).			05.8239.01
14. Bericht und Wahlvorschlag der Wahlvorbereitungskommission für die Wahl eines Strafbefehlsrichters. Verlängerung eines zeitlich befristeten Mandates.	<b>WVKo</b>		04.8005.02
15. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andreas Burckhardt und Konsorten betreffend einer neuen Asylpolitik.		SiD	03.7469.02

- |     |  |    |            |
|-----|--|----|------------|
| 16. | Schreiben des Regierungsrates betreffend einer Bürgeraufnahme.   | JD | 05.0605.01 |
| 17. | Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative „Tagesschul-Initiative“.                           | JD | 04.2074.01 |
| 18. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kathrin Giovannone-Hofmann betreffend Mobilfunkantennen auf öffentlichen Gebäuden. | BD | 01.6770.03 |

**Kenntnisnahme**

- |     |   |              |            |
|-----|---|--------------|------------|
| 19. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Hanspeter Kehl und Konsorten betreffend Kasernenhauptbau. (stehen lassen)   | BD           | 00.6444.03 |
| 20. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jakob Winistörfer und Konsorten betreffend die Schaffung eines kantonalen Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931. (stehen lassen) | SiD          | 97.5459.05 |
| 21. | Bericht der Begnadigungskommission über die Ablehnung von zwei Begnadigungsgesuchen.  | <b>BegKo</b> |            |

## Anhang B: Neue Vorstösse

### Anzug "Mit vergessenen Freizügigkeitsguthaben Sozialausgaben einsparen"

05.8236.01

Eine beträchtliche Anzahl von Personen, die in der 2. Säule in einer Pensionskasse versichert sind, nimmt nach Stellenwechsel, nach Arbeitslosigkeit oder bei der Pensionierung mangels Information und/oder aus Unwissenheit ihre Interessen ungenügend wahr. Freizügigkeitsguthaben verbleiben weiterhin in der ursprünglichen Pensionskasse. Schätzungen gehen davon aus, dass bei den Vorsorgeeinrichtungen der zweiten Säule hohe Millionenbeträge liegen, ohne dass die Anspruchsberechtigten davon wissen. Die Zentralstelle 2. Säule und die Zentrale Ausgleichskasse in Genf (ZAS) versuchen die Begünstigten aufzufinden. Dieses Rückführsystem ist jedoch unvollständig, so dass ein Teil der „Holguthaben“ im Depot von zahlreichen Vorsorgeeinrichtungen verbleiben.

Bei gezielten Nachforschungen in einer Gemeinde im Kanton Bern mit knapp 7'000 Einwohner und Einwohnerinnen konnten innerhalb eines Jahres über 500'000 Franken vergessene Guthaben gefunden und den rechtmässigen Personen zugeführt werden.

Auch in unserem Kanton sind nach wie vor viele Rentner und Rentnerinnen auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Es ist anzunehmen, dass auch bei uns mit gezielten Nachforschungen solche Freizügigkeitsguthaben aufgestöbert werden könnten. Neben dem Ziel, dass die Guthaben den rechtmässigen Personen zugeführt werden, sind damit auch Einsparungen bei der Sozialhilfe und den Ergänzungsleistungen möglich.

Die Unterzeichneten bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten:

- Kennt die Regierung diese Problematik und was unternimmt sie, damit neu im Kanton angestellte Personen ihre allfälligen Freizügigkeitsguthaben in die PK des Basler Staatspersonals mitbringen?
- Werden in den zuständigen Stellen bei Beginn von Rentenzahlungen Personen auf diese Problematik angesprochen?
- Ist den Mitarbeitenden in den entsprechenden Dienststellen diese Tatsache bewusst und werden Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen auch darauf angesprochen?

Annemarie von Bidder, Richard Widmer, Hanspeter Gass, Urs Joerg, Martin Hug, Roland Vögtli, Daniel Wunderlin, Jürg Stöcklin, Stephan Maurer, Oswald Inglin, Fernand Gerspach, Christine Keller, Sebastian Frehner, Stephan Gassmann, Angelika Zanolari, Michel Remo Lussana, Urs Schweizer, Bernadette Herzog-Bürgler, Brigitte Hollinger, Dieter Stohrer

### Anzug betreffend Verbot sexistischer Werbung im öffentlichen Raum

05.8237.01

Sexistische Werbung ist keine Frage des Geschmacks sondern des Respektes. Und zwar Respekt gegenüber der Frau wie dem Mann. Mehrheitlich trifft es immer noch Frauen, die als reine Sexualobjekte dargestellt oder in anderer Form herabgewürdigt werden.

Frauen werden in der Werbung auf bestimmte Klischees, Rollen und Eigenschaften reduziert. Weibliche Sexualität wird für Werbezwecke missbraucht und vermarktet. Steht die abgebildete Frau oder die Art ihrer Darstellung in keinem Zusammenhang zum angepriesenen Produkt und dient sie als reiner Blickfang, so kann eindeutig von frauenfeindlicher Werbung gesprochen werden (z.B. räkelnde Frau auf der Automotorhaube).

Frauenfeindlich ist ebenfalls, wenn unterschwellig vermittelt wird, dass die Frau Besitz oder Beute des Mannes ist oder gar Assoziationen zu Gewalt gemacht werden.

Werbung, die ein Geschlecht diskriminiert, indem sie die Würde der Frau oder des Mannes herabsetzt, ist unlauter. Es ist wünschenswert, dass solche respektlose Werbung gar nicht erst öffentlich aufgehängt wird.

Es besteht eine Plakat-Verordnung, die verlangt, dass im Zweifelsfalle das Bewilligungsbüro eingeschaltet werden muss. Im Moment ist die Situation aber so, dass faktisch die APG (Allgemeine Plakatgesellschaft) alleine entscheidet, ob sie ein Plakat dem Bewilligungsbüro zur Abklärung vorlegt. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, ist dieses Vorgehen mehr als fragwürdig, sind bei der APG doch keine entsprechend sensibilisierten Fachpersonen im Entscheidungsprozess involviert.

Ein ausgewiesenes Gremium aus Fachpersonen der Bereiche Gleichstellung, Werbung etc. sollte darüber befinden, ob es sich um sexistische Werbung handelt. Kommen diese Expertinnen und Experten zum Schluss, dass dem so ist, müssen sie die Befugnis haben, den Aushang verbieten zu können.

Analog dem Verbot der Tabakwerbung, dem der Schutz der Gesundheit zugrunde liegt, ist es beim Verbot der sexistischen Werbung der Schutz der Menschenwürde.

Artikel 7 der schweizerischen Bundesverfassung hält fest, dass die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist.

Aus diesem Grund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie der Kanton seine Spielräume hinsichtlich eines Verbotes sexistischer Werbung im öffentlichen Raum ausschöpfen kann.

Brigitte Hollinger, Andrea Bollinger, Dominique König-Lüdin, Philippe Pierre Macherel, Gisela Traub, Ernst Jost, Susanna Banderet-Richner, Roland Stark, Gülsen Öztürk, Anita Heer, Francisca Schiess, Margrith von Felten, Brigitta Gerber, Heidi Mück, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Maria Berger-Coenen, Doris Gysin, Katharina Herzog, Martin Lüchinger, Sabine Suter, Michael Martig, Fabienne Vuillamoz, Claudia Buess, Helen Schai-Zigerlig, Stephan Ebner, Christine Keller, Sibel Arslan, Michael Wüthrich, Jan Goepfert, Hans-Peter Wessels, Annemarie von Bidder

#### **Anzug betreffend flankierende Massnahmen zum freien Personenverkehr**

05.8238.01

Die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr sollen in- und ausländische Arbeitskräfte vor Lohn- und Sozialdumping schützen und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern. Gerade für Basel-Stadt als Grenzkanton ist dies von besonderer Wichtigkeit. Die Akzeptanz weiterer europapolitischer Vorlagen dürfte entscheidend von der Wirksamkeit der flankierenden Massnahmen abhängen. So äusserte sich kürzlich auch der Vertreter des Gewerkschaftsbundes gemäss Zeitungsberichten an einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesrat Deiss und dem Direktor des Arbeitgeberverbandes. Weil die bilateralen Verträge für den Wirtschaftstandort Basel zentral sind, ist die wirksame Umsetzung der flankierenden Massnahmen für unseren Kanton sozial- und wirtschaftspolitisch von grosser strategischer Bedeutung.

Wo nötig, sind deshalb die personellen Ressourcen für die Kontrolltätigkeit bezüglich Einhaltung der Vorschriften des Entsendegesetzes beim Amt für Wirtschaft- und Arbeit (AWA) aufzustocken. Es können dafür Bundesbeiträge in Anspruch genommen werden. Im weiteren scheint es angezeigt, für den Raum Basel eine Arbeitsmarktbeobachtungsstudie analog der vom Gewerkschaftsbund in Auftrag gegebenen Studie Flückiger über die ortsüblichen Branchenlöhne in Auftrag zu geben. Die Ergebnisse einer solchen Studie speziell für Basel wäre ein nützliches Instrument zur Bekämpfung von Lohndumping.

Vor diesem Hintergrund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- wie durch personelle Aufstockung beim AWA eine dauerhaft wirksame Umsetzung der flankierenden Massnahmen gewährleistet werden kann,
- ob der Kanton eine Arbeitsmarktbeobachtungsstudie analog der Studie Flückiger des Gewerkschaftsbundes spezifisch für den Raum Basel in Auftrag geben kann
- welche weiteren Massnahmen zur Vermeidung von Lohn- und Sozialdumping zu treffen sind.

Christine Keller, Sibylle Schürch, Beat Jans, Markus Benz, Jürg Stöcklin, Rolf Häring, Stephan Maurer, Philippe Pierre Macherel, Richard Widmer, Thomas Baerlocher, Brigitte Hollinger, Heidi Mück, Martin Lüchinger, Annemarie von Bidder

#### **Anzug betreffend Verzicht auf die Erhöhung der Staumauer der Grimsel-Kraftwerke (Projekt KWOpus)**

05.8239.01

Die Kraftwerke Oberhasli (KWO), an denen der Kanton BS zu einem Sechstel beteiligt sind, planen eine Optimierung und Ausbau ihrer Anlagen an der Grimsel (Projekt KWO plus). Das Vorhaben besteht aus mehreren Teilprojekten, von denen insbesondere das Teilprojekt 3, das eine Erhöhung der Staumauer des Grimselsees um 27 m beinhaltet, den Widerstand der Umweltorganisationen hervorgerufen hat.

Durch die Erhöhung der Staumauer würden wertvolle Teile der Rundhöcker-Moorlandschaft an der Grimsel, ein Gebiet von einzigartiger Schönheit und nationaler Bedeutung, zerstört. Der Bundesrat hat am 25. Februar 2004 die Moorlandschaft Grimsel zwar definitiv ins Bundesinventar der geschützten Moorlandschaften aufgenommen, aber gleichzeitig den Perimeter zugunsten der geplanten Staumauererhöhung verkleinert und 27 m über dem aktuellen Seespiegel festgelegt. Da mit einer Seespiegelerhöhung wertvolle Teile der Moorlandschaft zerstört würden (10% der Kleinmoore, jede vierte Arve und ein Teil des Flachmoor-Objekts 245 „Mederlouwenen“ würden definitiv verschwinden), betrachten die Umweltorganisationen den Bundesratsentscheid als verfassungswidrig und behalten sich gegen das Projekt nötigenfalls den Gang bis ans Bundesgericht vor. Mit einer Seespiegelerhöhung würde auch das bestehende Gletschervorfeld des



Unteraargletschers zerstört (Objekt 1507/1706 im Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung).

Die Erhöhung der Grimselstaumauer führt nicht zu einer Erhöhung der Stromproduktion sondern zu einer Verlagerung derselben vom Sommer- ins Winterhalbjahr. Dank höherer Staumauer soll mit Fremdenergie mehr Wasser vom Tal in den See gepumpt werden können, um den Strom im Winter bei höheren Preisen wieder verkaufen zu können. Bei diesem Prozess wird über 20% der Energie vernichtet. Der hierfür aus der EU importierte Strom wird zu einem beträchtlichen Teil in fossilen Kraftwerken unter erheblicher Freisetzung von CO<sub>2</sub> produziert. Der angestrebte Ausbau der Pumpspeicherung führt unter dem Strich also zu einer negativen Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz.

Aber selbst aus wirtschaftlicher Sicht erscheint das Projekt fragwürdig. In den letzten Jahren notierten die Preise für Sommerstrom höher als für Winterstrom, dies v.a. wegen dem Ausbau der Windenergie und der Wärmekraft-Koppelung in Europa. Es besteht demnach immer weniger Bedarf nach Verlagerung grosser Energiereserven vom Sommer in den Winter. Auch wirtschaftliche Überlegungen sprechen deshalb gegen eine Erhöhung der Grimsel-Staumauer.

Der Pumpspeicherbetrieb verursacht bereits heute täglich künstliche Hoch- und Niedrigwasser (Schwall/Sunk) in der Hasli-Aare, welche die Lebensräume von Fischen zerstören. Für den Pumpbetrieb importiert die KWO seit einigen Jahren nachts und übers Wochenende Strom aus dem europäischen Netz, wenn dessen Preis unter 4 Rp. pro kWh fällt. Die dadurch ermöglichte Produktion von Spitzenstrom kann zwar Gewinne ermöglichen, ist aber ökologisch bedenklich, solange der dafür importierte Strom nicht aus erneuerbaren Energien stammt und zu einer Verschärfung der „Schwall/Sunk“-Problematik beiträgt.

Der Grosse Rat hat sich bereits anlässlich der Diskussionen um das Projekt Grimsel West deutlich für den Schutz der Moorlandschaft und der noch naturnahen Reste der Grimsel-Landschaft ausgesprochen. Deshalb, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen sollte auf eine Erhöhung der Staumauer der Grimselkraftwerke verzichtet werden. Investitionen in eine Sanierung und Leistungsoptimierung der KWO müssen ökologisch verträglich sein und dürfen nicht zu weiteren schweren Eingriffen in die Naturlandschaft an der Grimsel und beim Gewässerschutz führen.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, zu prüfen und zu berichten:

1. Wie der Kanton darauf hinwirken kann, dass auf die geplante Erhöhung der Staumauer an der Grimsel verzichtet werden kann.
2. Ob die geplante Staumauererhöhung wirtschaftlich überhaupt Sinn macht und welche Kosten für den Kanton Basel-Stadt durch eine Investition von CHF 200 Mio. in ein Projekt entstehen, das keinen nachweisbaren wirtschaftlichen Nutzen hat.
3. Ob auf eine Steigerung der Pumpspeicherung angesichts der hohen Energieverluste und wegen der zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Belastung nicht verzichtet werden kann.
4. Wie eine Sanierung und wirtschaftlich sinnvolle Leistungsoptimierung der Grimselwerke erfolgen kann, ohne dass es zu schweren Eingriffen in die Natur und Landschaft kommt.

Jürg Stöcklin, Beat Jans, Christine Keller, Eveline Rommerskirchen, Thomas Baerlocher, Richard Widmer, Michael Wüthrich, Urs Joerg, Helen Schai-Zigerlig, Annemarie von Bidder, Hansjörg Wirz, Christine Heuss, Patrizia Bernasconi, Daniel Wunderlin, Martin Lüchinger, Paul Roniger, Jörg Vitelli, Anita Lachenmeier-Thüring, Oswald Inglin, Brigitte Strondl, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Stephan Maurer

**Interpellation Nr. 33 (Mai 2005) betreffend Basler Regierungsrat am Fernsehen**

05.8241.01

Am 18. März strahlte das Schweizer Fernsehen eine Arena-Sendung zum Asylwesen aus. In dieser Sendung war auch der Kanton Basel-Stadt durch ein Mitglied der Regierung vertreten. Für die Wahrnehmung des Kantons in der Öffentlichkeit darf die Bedeutung solcher Fernsehauftritte - besonders in der Sendung Arena - durch Exponenten unseres Kantons nicht unterschätzt werden. Auftritte und Aussagen werden gesamtschweizerisch wahrgenommen und prägen damit das Image unseres Kantons mit. Dies ist von um so grösserer Bedeutung, als Basel sich immer wieder beklagt, von der „übrigen“ Schweiz nicht genügend oder falsch wahrgenommen zu werden. Aus solchen Gründen regeln viele Organisationen die Auftritte ihrer Repräsentanten vor den Medien und bereiten sie im Einzelfall sorgfältig darauf vor. In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Regelungen bestehen im Kanton Basel-Stadt für den Auftritt von Regierungsräten in den elektronischen Medien, besonders im Fernsehen?
- Nach welchen Kriterien wird die Teilnahme eines Regierungsrats in der Sendung Arena festgelegt?
- Wie wird ein Regierungsrat auf seinen Auftritt in einer Fernsehsendung vorbereitet? Auf welche

Unterstützung technischer und inhaltlicher Art kann er zur Vorbereitung zurückgreifen?

- Werden Aussagen zu offiziellen, nicht als persönliche Meinung gekennzeichneten Positionen - analog etwa der Beantwortung dieser Interpellation - vorgängig abgesprochen?
- Wie beurteilt die Regierung die Wirkung der Arena-Sendung vom 18. März auf das Image des Kantons?
- Welche Lehren zieht der Regierungsrat für künftige Fernsehauftritte daraus?

Baschi Dürr

**Interpellation Nr. 34 (Mai 2005) betreffend Mitfinanzierungen der Beitragsergänzungen in Tagesheimen ohne Leistungsvereinbarung gestoppt!**

05.8244.01

Im neuen Tagesbetreuungsgesetz und der entsprechenden Verordnung ist verankert, dass Eltern unter bestimmten Voraussetzungen für die Betreuung ihrer Kinder in Tagesheimen ohne Leistungsvereinbarung Beitragsergänzungen beantragen können. Wesentlicher Vorbehalt für die Ausrichtung dieser seit Herbst 02 eingeführten wichtigen finanziellen Unterstützung für viele Familien ist das zur Verfügung stehende Jahresbudget der Abteilung Tagesbetreuung beim ED.

Die Warteliste konnte im vergangenen Jahr reduziert werden. Die subventionierten Tagesheime mit Leistungsvereinbarung waren 2004 und sind auch jetzt vollständig ausgelastet. Viele Eltern mussten sich deshalb vermehrt an nicht subventionierte Tagesheime wenden und sich bei der Abteilung Tagesbetreuung um Elternbeitragsergänzungen bemühen.

Beitragsergänzungen werden lt. Tagesbetreuungsgesetz denjenigen Eltern zugesprochen, die nicht in der Lage sind, den Elternbeitrag zu entrichten. Zudem muss eine Platzierungsindikation, wie die Erwerbstätigkeit der Eltern oder eine Indikation gemäss dem Gesetz betreffend kantonale Jugendhilfe vom 17. Oktober 1984, gegeben sein. Das heisst, es handelt sich einerseits um Eltern, die arbeiten wollen und können und andererseits um Kinder, die dringend Hilfe, Unterstützung und Förderung brauchen.

Nun sollen diese Beitragsergänzungen laut einem Schreiben der Abt. Tagesbetreuung an die betroffenen Institutionen gestoppt werden. Und zwar ab sofort für neu eintretende Kinder. Das Budget 05 der Abt. Tagesbetreuung - der jährliche Rahmenkredit beträgt 20 Mio. Franken - sei mit den aktuell mitfinanzierten Betreuungen, die in diesem Rahmen weitergeführt werden sollen, bereits ausgeschöpft. Für das Jahr 2006 müsste das Budget gar überschritten werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie vielen Familien wurden im Jahr 2004 Beitragsergänzungen in Tagesheimen ohne Leistungsvereinbarung in welcher Gesamthöhe zugesprochen?
2. Die Tagesheime mit Leistungsvereinbarung sind vollständig ausgelastet. Ist sich die Regierung bewusst, dass der Rückzug aus der Mitfinanzierung bewirken kann, dass Eltern ihre Arbeitsstelle nicht antreten können, weil keine für sie bezahlbare Tagesbetreuung zu finden ist?
3. Könnte der Abbruch der Mitfinanzierung zusätzlich bedeuten, dass Kinder, die dringend pädagogische, psychologische, sprachliche und soziale Förderung und Hilfe brauchen, diese nicht oder zu spät bekommen?
4. Trägerschaften und Heimleitungen sind auf eine gewisse Planungssicherheit angewiesen. Ist sich die Regierung bewusst, dass die unerwartete Vorgehensweise diese Institutionen vor fast unlösbare Probleme stellt? Dass einige davon mittelfristig ihre Heime verkleinern oder evtl. schliessen müssen und dadurch das Platzangebot in BS verringert wird?
5. Weiss die Regierung, dass einzelne dieser Institutionen, sehr oft von Kleinunternehmerinnen mit viel Idealismus geführt, vor ein paar Jahren einschneidende Veränderungen (Entlassung v. Personal ohne vorgeschriebene Ausbildung, Erhöhung der Elternbeiträge) vornehmen mussten, um die Bewilligung der Abt. Tagesbetreuung zu erhalten, um jetzt ohne einen Gegenwert dazustehen?
6. Ist die Regierung in Kenntnis der Sachlage bereit, die Finanzen für die Tagesbetreuung aufzustocken, damit alle Familien, die einen Platz brauchen, diesen auch bekommen können?

Doris Gysin

**Interpellation Nr. 35 (Mai 2005) betreffend Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer**

05.8245.01

Der Luftreinhalteplan beider Basel 2004 enthält unter anderen die Massnahme 1-7 „Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer“, welche auch schon im Luftreinhalteplan von 1990 enthalten war.

Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen sind nach wie vor nur wenig geeignet, einen Lenkungseffekt in diesem Bereich zu erzielen. So wurde beispielsweise die Motorfahrzeugsteuer für Elektrofahrzeuge reduziert. Da aber die Steuer nach Gewicht berechnet wird und Elektrofahrzeuge meist schwere Batterien haben, hält sich die Begünstigung solcher Fahrzeuge stark in Grenzen.

Besonders stossend ist ausserdem, dass alle Fahrzeuge, welche die Euro4 erfüllen, steuerlich begünstigt werden. Gerade die im Trend liegenden, schweren und „benzinfressenden“ Geländewagen, welche die Umwelt stark belasten, werden so ebenfalls begünstigt.

In Anbetracht, dass zu diesem Thema diverse Empfehlungen zu den Ausgestaltungsvarianten vorliegen, sollte die Umsetzung dieser Massnahme kurzfristig möglich sein (dies wird auch im Luftreinhalteplan bestätigt).

Ich bitte deshalb um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Werden Gesetz und Verordnung über die Motorfahrzeugsteuer zur Zeit überarbeitet?
- Wann ist mit einer Vorlage der überarbeiteten Version zu rechnen?
- Wie sieht die Überarbeitung aus, welche Anreize werden geschaffen?
- Wird die Bestimmung betreffend Euro4 so angepasst, dass Geländewagen nicht mehr begünstigt werden?
- Orientiert sich die neue Gesetzesvorlage an der Auto-Umweltliste des VCS?
- Trägt die überarbeitete Version den neuen Fahrzeug-Formen Rechnung?
- Werden verbrauchsarme Fahrzeuge gefördert?
- Werden die Fahrzeuge auch in Bezug auf Verkehrssicherheit (Schutz für Fussgänger) beurteilt?
- Wie steht der Kanton der Einführung des vom Bund vorgeschlagenen Bonus-Malus-System gegenüber?

Michael Wüthrich

**Interpellation Nr. 36 (Mai 2005) betreffend geplanter Kürzungen bei den Subventionen privater Leistungserbringer im Bereich der offenen Kinderarbeit**

05.8246.01

Der Basler Zeitung vom 9. April 2005 war zu entnehmen, dass die Regierung im Rahmen ihres Sparpaketes eine Subventionskürzung für die privaten Leistungserbringer im Bereich der offenen Kinderarbeit plant. Eine etwas erstaunliche Massnahme, nach dem der Grosse Rat in seiner Sitzung vom 23. Februar 2005 mit grosser Mehrheit die von der Regierung beantragten Subventionskürzungen im Bereich der offenen Jugendarbeit klar ablehnte. Es erstaunt weiter, dass die Regierung Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ausschliesslich zu Lasten von privaten Leistungserbringern - die, wohlgemerkt, zum Teil ehrenamtliche Arbeit leisten - erzwingen will. Andererseits muss festgestellt werden, dass im Amt für Jugend, Familie und Prävention (AJFP) im Justizdepartement allein die Personalkosten von 2000 - 2004 um rund 40% angestiegen sind, nämlich von 988'000 auf 1'375'000 Franken. Heute hat das AJFP ein bewilligtes Stellenbudget von 850%. Es stellt sich daher die Frage, ob nicht bei der Bürokratie statt in der direkten praktischen Basisarbeit Einsparungen vorgenommen werden sollen.

Ich bitte die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie verteilen sich die Aufwendungen in der offenen Kinderarbeit beim AJFP im Vergleich zur praktischen Basisarbeit durch private Leistungserbringer?
2. Wie beurteilt die Regierung dieses Verhältnis?
3. Wie hoch schätzt die Regierung das Sparpotenzial beim AJFP ein?
4. In welcher Periodizität werden Organisationsüberprüfungen beim AJFP vorgenommen?
5. Erachtet es die Regierung nicht als problematisch, dass die Basisarbeit in der offenen Kinderarbeit eingeschränkt werden soll, bei gleichzeitigem Ausbau der Stabsarbeit in der Verwaltung?
6. Wie beurteilt die Regierung den vom Vorsteher des Justizdepartements geäusserten Vorschlag, die jetzt begünstigten Leistungserbringer der offenen Jugendarbeit sollten von ihren ungekürzten Subventionen

solidarisch einen Beitrag an die Institutionen der offenen Kinderarbeit leisten und so die geplanten Subventionskürzungen in diesem Bereich kompensieren?

7. Wie gedenkt die Regierung vor diesem Hintergrund den zahlreichen, von diesen Kürzungen betroffenen Kindern und Jugendlichen (als Beispiel) die Schliessung eines Robi-Spielplatzes klarzumachen ?
8. Was ist der Regierung wichtiger: Sparen bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder Ausnutzung des Einsparungspotentials bei der Administration bzw. Verwaltung?

Stephan Gassmann

**Interpellation Nr. 37 (Mai 2005) betreffend geplanter Einführung des Anflugverfahrens ILS 34 auf dem Flughafen Basel-Mulhouse**

05.8247.01

Die französische Zivilluftfahrtbehörde (DGAC) plant in Absprache mit der schweizerischen Zivilluftfahrtbehörde (BAZL) die Einführung eines Präzisionsanflugverfahrens auf die Piste 34 (ILS 34) des EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg. Gemäss dem Vernehmlassungsbericht der DGAC führt das Projekt ILS 34 zu einer Optimierung der Flugsicherheit und gleichzeitig zu einer Entlastung der am stärksten betroffenen Quartiere. Bei Anwohnerinnen und Anwohnern besteht jedoch die Befürchtung, dass die vorgesehenen Realisierungsbedingungen des ILS 34 zu einer Zunahme der Südanflüge und somit des Fluglärms und des Flugunfall-Risikos in Basel-West sowie in den südlich anschliessenden Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft führen könnten. Dies hätte eine Verschlechterung der Wohnqualität zur Folge.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie wird sich das ILS 34 nach Auffassung der Regierung auf die Anzahl bzw. den Anteil der Südanflüge auswirken?
2. Wie wird sich das ILS 34 auf die Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner durch Fluglärm auswirken, insbesondere in Basel-West und den südlich anschliessenden Gemeinden?
3. Wie wirkt sich das ILS 34 auf das Flugunfall-Risiko insbesondere in den erwähnten Gebieten aus?
4. Welche Schritte hat die Regierung unternommen, um sicherzustellen, dass sich die Einführung des neuen Anflugverfahrens nicht negativ auf die Wohnqualität insbesondere in Basel-West und südlich davon auswirkt.
5. Sind aus der Sicht der Regierung in diesem Zusammenhang weitere Massnahmen angezeigt, um die Wohnqualität in den betroffenen Quartieren zu erhalten oder zu verbessern?

Hans-Peter Wessels

**Interpellation Nr. 38 (Mai 2005) betreffend „Verfügbarkeit und Detailgrad kantonaler Statistiken“**

05.8248.01

Das Thema Integration und Migration führt nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch innerhalb der Bevölkerung, immer wieder zu hitzigen Debatten. Grund dafür sind nicht zuletzt die nur mangelhaft vorhandenen statistischen Zahlen, welche kaum eine fundierte Diskussionsgrundlage bieten können. Auch war die Gefahr der statistischen Kosmetik ein Faktor, welcher auf eidgenössischer Ebene am 26. September zur Ablehnung der beiden Einbürgerungsinitiativen führte. Um so wichtiger ist es, dass in Basel, wo die vereinfachte Einbürgerung praktiziert wird, entsprechend Wert auf ausreichend Transparenz gelegt wird. Mehr Transparenz würde es einerseits erlauben, der Bevölkerung gegenüber Integrationserfolge auszuweisen und so das Vertrauen zu stärken, andererseits aber auch ermöglichen, Defizite frühzeitig zu erkennen. Wie ein Bericht vom 15. April 2005 des Internet-Nachrichtenportals Onlinereports zum überproportional hohen Anteil ausländischer Delinquenten bei Straftaten aufzeigte, scheinen zudem die bestehenden Statistiken noch nicht auszureichen, das gerechtfertigte Informationsbedürfnis im Bereich der Rechtspflege zu befriedigen. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten.

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass eingebürgerte Personen in ausgewählten Statistiken (Bevölkerungsstruktur, Rechtspflege, Erwerbsleben) einzeln auszuweisen sind, um so zu mehr Transparenz und somit zu einer differenzierteren Meinungsbildung beizutragen?
2. Wie werden Personen mit Schweizer sowie ausländischem Bürgerrecht in den Statistiken dargestellt?
3. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass es zur objektiven Beurteilung der Einbürgerungspraxis und der Integrationserfolge sinnvoll wäre, in ausgewählten Statistiken (Bevölkerungsstruktur, Rechtspflege, Erwerbsleben) Doppelbürger zusätzlich nach Zweitnationalität aufgeschlüsselt aufzulisten?

4. Verfügt der Kanton Basel-Stadt über aktuelle und differenzierte, öffentlich zugänglich (Internet, Verwaltung, Medienmitteilungen etc.) und nach Nationalitäten aufgeschlüsselte Daten zur Kriminalität, die eine offene und transparente politische Meinungsbildung ermöglichen?
5. Liegen öffentlich zugängliche, aktuelle Daten über den "Wohn-Status" von angeklagten bzw. verurteilten Ausländerinnen und Ausländern, aufgegliedert in einzelne Delikts-Kategorien (Tötungen, Vergewaltigungen etc.), vor?
6. Wenn nein: Wäre die Regierung bereit, die diesbezüglichen Zahlen künftig gesondert auszuweisen und zu veröffentlichen?
7. Trifft die Behauptung zu, dass die auffällig hohe Verurteilungsrate der 11- bis 25-jährigen Ausländer allein mit dem "Zuzug" bzw. dem überproportionalen Anteil an Ausländern in dieser Altersgruppe nicht erklärt werden kann?
8. Sind für den Regierungsrat Deliktskategorien auszumachen, in denen überdurchschnittliche Kriminalität durch Ausländer auch eine Folge mangelnder Integration ist?
9. Wenn ja: Welche Deliktskategorien? Welche Gegenmassnahmen sind bereits angelaufen oder in Planung?
10. Die Kriminalmeldungen der Staatsanwaltschaft nennen seit einigen Jahren jeweils - wo möglich - die Nationalität der Täterinnen und Täter. Wäre es nicht sinnvoll, auch Status und Herkunft (Wohnberechtigung, Asylbewerbende, Kriminaltouristen) zu deklarieren?

Tommy E. Frey

**Interpellation Nr. 39 (Mai 2005)** betreffend „Asylindustrie“ im Kanton Basel-Stadt

05.8249.01

Die Situation bei den Gesuchen neuer Asylbewerber hat sich im ganzen Land massiv entschärft. Seit Anfang 2004 sind die Asylbewerberzahlen drastisch gesunken. Dies dürfte auch für den Kanton Basel-Stadt der Fall sein. Erfreulich ist die Tatsache, dass die Lösungsansätze der SVP endlich Früchte tragen. Es zeigt sich jetzt, dass wesentlich weniger Asylsuchende kommen, wenn man die Attraktivität bricht. Diese Entwicklung müsste logischerweise auch im Kanton Basel-Stadt auf der finanziellen Seite zu Entlastungen führen. Von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wird erwartet, dass nicht mehr benötigte oder nicht mehr ausgelastete Unterkünfte oder Stellen im Bereich der Asylantenbetreuung oder generell im Asylwesen rasch den neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Diesbezüglich erstaunt es, dass an der Horburgstrasse durch Umstrukturierung der Asylunterkünfte ein Asylheim mit vorwiegend „schwieriger Kundschaft mit hohem Kontrollbedarf“ am entstehen ist. Just gegenüber ist die Überbauung Horburgerhof mit familienfreundlichen Wohnungen am entstehen. Einmal mehr wird in einem bereits seit Jahren von Lärm durch den Bau der Nordtangente gebeutelten Quartier, ein neues Problem geschaffen. Der Baulärm ist weg, die Aufwertung des Quartiers wäre fast gelungen, würde man jetzt nicht erneut ein Problem mit Personen, die sich nicht an soziale Regeln, Gesetze und Pflichten halten, schaffen. Anstatt die Probleme zu lösen, werden sie einmal mehr einfach in ein anderes Quartier verschoben. Dies geschieht selbstverständlich alles im Namen der integralen Aufwertung des Kleinbasel.

Daher bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie entwickeln sich die Zahlen der Asylbewerber im Kanton Basel-Stadt seit 2003?
2. Welche Amtstellen des Kantons Basel-Stadt befassen sich direkt oder indirekt mit der Betreuung von Asylbewerbern, respektive Fragen des Asylwesens?
3. Wie viele Stellenprozente beschäftigen sich beim Kanton Basel-Stadt direkt oder indirekt mit der Betreuung von Asylbewerbern, respektive Fragen des Asylwesens?
4. Wie viele Stellenprozente wurden seit Januar 2004 aufgrund der sinkenden Asylbewerberzahlen bereits abgebaut?
5. Wie ist die Auslastung von Asylzentren und -Unterkünften?
  - a. Wurden oder werden Asylheime geschlossen?
  - b. Wenn Ja welche?
  - c. Wenn Nein warum nicht?
6. Besteht eine Planung seitens des Kantons, wie unter den gegebenen Umständen die gesamte „Asylindustrie“ in den nächsten Monaten/Jahren weiter reduziert wird?
7. Wie ist die Auslastung der Asyl-Empfangsstelle beim Bässlergut?
8. Wäre die Asyl-Empfangsstelle nicht der ideale Ort für die Unterbringung der „schwierigen Kundschaft mit

hohem Kontrollbedarf“?

9. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen bezüglich Asylunterkunft Horburgstrasse?
10. Wie stellt sich der Regierungsrat die Zukunft der Überbauung Horburgerhof mit familienfreundlichen Wohnungen vor, just gegenüber einem Asylheim mit „schwieriger Kundschaft“?
11. Was unternimmt der Kanton konkret, um Asylbewerber mit Nichteintretensentscheid (NEE) zur sofortigen Abreise aus unserem Land zu bewegen?
12. Was unternimmt der Kanton Basel-Stadt gegen Personen und Institutionen, die illegal anwesenden Ausländern Unterschlupf gewähren?
13. Teilt der Regierungsrat die Besorgnis der SVP, dass mit einem allfälligen Ausbau der Nothilfe-Infrastrukturen im Kanton völlig falsche Anreize und Zeichen gesetzt werden?

Angelika Zanolari

**Interpellation Nr. 40 (Mai 2005) betreffend Abgeltung der Zentrumsleistung des Kantons Basel-Landschaft an den Kanton Basel-Stadt betreffend der Universität**

05.8250.01

Bekanntlich finden zur Zeit Verhandlungen zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über eine gemeinsame Trägerschaft der Universität statt, wobei unter anderem auch die anteilige finanzielle Beteiligung der beiden Kantone diskutiert respektive die Abgeltung des Kantons Basel-Landschaft für ihre Studenten bei einer gemeinsamen Trägerschaft zu leisten hätte.

Mit Datum vom 19. April 2004 hat die Regierung meine Kleine Anfrage vom 26. Juni 2003 beantwortet (Bericht Nr. 0528). Unter Punkt 7.1, Universität, wurden für das Jahr 2002 die Vollkosten eines Basler Studenten angegeben. Anbei die Details:

		<u>Mio. CHF</u>
Globalbeitrag BS		69,5
Beitrag an Klinische Medizin		31.0
Beitrag an Investitionen		17.9
Unentgeltliche Leistungen ohne Miete	5.4	
Unentgeltliche Mietleistungen	<u>36.7</u>	<u>42.1</u>
TOTAL		<u>160.5</u>

Umgelegt auf eine BS-Studentenzahl von 1'642 betragen im Jahr 2002 die Kosten pro Basler Student rund CHF 98'000.

Dem gegenüber summieren sich die Beiträge des Kantons Basel-Landschaft für ihre 2'106 Studenten auf CHF 98,3 Mio. was pro Student durchschnittlich CHF 46700 ergibt. Datenquelle: Bericht 0528-FD/037616.

Gemäss dem Bericht der städtischen Finanzkontrolle liegen die vom Kanton Basel-Stadt im Jahre 2004 für die Uni erbrachten unentgeltlichen Leistungen bei CHF 57,1 Mio. - siehe baz vom 4.4.05, Seite 1. Gegenüber den von der Regierung für 2002 angegebenen CHF 42,1 Mio. bedeutete dies eine Erhöhung um CHF 15,0 Mio. ohne die unentgeltlichen Leistungen von ca. CHF 30 Mio. für medizinische Lehre und Forschung. Demzufolge dürften sich die von Basel-Stadt für einen städtischen Studenten erbrachten Vollkosten heute auf (weit) über CHF 100'000 belaufen. (Die Beantwortung meiner kleinen Anfrage wird genaueres Zahlenmaterial liefern).

Ich frage die Regierung an, aufgrund welcher Kostenberechnung die Regierung des Kantons Basellandschaft angefragt wird, ihren Beitrag zu leisten.

Weiter bitte ich um Auskunft, welche Vorstellungen die Regierung in diesen Verhandlungen hat.

Letztendlich würde mich interessieren, ob die Verhandlungen eine volle Kostendeckung der Studenten aus Baselland zum Ziel haben könnte?

Ich danke Ihnen für die Beantwortung meiner Interpellation.

Bernhard Madörin

**Interpellation Nr. 41 (Mai 2005)** betreffend Beflaggung öffentlicher Gebäude mit der Europafahne

05.8251.01

Es kann immer wieder festgestellt werden, dass an öffentlichen Gebäuden im Kanton Basel-Stadt die Europafahne ausgehängt wird. Dabei handelt es sich nicht um die Regiofahnen. Oft sind sie nicht im Verbund mit der Schweizerfahne anzutreffen. So sind die Europafahnen auch letzte Woche an vielen Orten in der Stadt (Rathaus, Spalentor, Bahnhof etc.) ausgehängt.

Im Jahr 2001 haben 76 % des Volkes und alle Stände die Verhandlungen über einen EU-Beitritt abgelehnt. Alleine im Kanton Basel-Stadt betrug die Ablehnung über 70%. Dieser Entscheid gilt es zu respektieren und vor allem auch zu akzeptieren. Die Schweiz im Herzen von Europa und im Besonderen das Schweizer Volk können als offen gegenüber der ganzen Welt bezeichnet werden, auch wenn dies der Bundesrat und einige Kantonsregierungen, insbesondere die Basler Regierung nicht wahr haben wollen. Nämlich, dass das Volk einen EU-Beitritt ablehnt und es noch lange Dauern wird bis die EU Mitglied der Schweiz ist.

Üblicherweise verhält es sich so, dass an staatlichen Gebäuden (Parlamentsgebäude, Regierungssitz), auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene, die eigene Beflaggung ausgehängt wird und nicht die eines anderen Landes oder Staatenbundes. Die Ausnahme bildet ein Staatsbesuch. Dann aber werden beide Flaggen, nämlich die des Gastlandes als auch des Gastgeberlandes, ausgehängt.

Die breite Öffentlichkeit dürfte sich für die Gründe dieser ungewöhnlich euphorischen EU-Beflaggung an öffentlichen Gebäuden des Kantons Basel-Stadt interessieren. In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Gründe hat die breit angelegte Beflaggung unseres Kantons, insbesondere von öffentlichen Gebäuden, mit der EU-Fahne?
2. Fand ein wichtiger Staatsbesuch einer EU-Regierung statt?
3. Weshalb ist die Europafahne nicht im Verbund mit der Schweizerfahne ausgehängt?
4. Werden diese EU-Fahnen zu Werbezwecken für einen Beitritt zu Schengen bzw. EU gehisst?
5. Wer ist zuständig für die Anordnung dieses europäischen Aushangs?
6. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass man solches unterlassen sollte?
7. Was kostet dieser unsinnige Aushang den Steuerzahler?

Andreas Ungricht